

Muslimische Feministinnen (z.B. Rabia Müller, Sabiha al-Zayat, Hamideh Mohagheghi) setzen sich für die Selbstbestimmung der Frau auch im Hinblick auf das Kopftuchtragen ein. Auch wenn für sie selbst das Bedeckungsgebot des Islam außer Zweifel steht, kritisieren sie den elterlich oder gesellschaftlich ausgeübten Zwang in religiösen Angelegenheiten mit Argumenten, die sie ebenfalls dem Koran entnehmen, wie etwa dem Ausspruch "Es gibt keinen Zwang in der Religion". Ihr Ansatz ist eine Neu-Interpretation der religiösen Textgrundlagen aus Koran und Sunna, die der Intention des Islam, Frau und Mann als gleichwertige Wesen vor Gott zu sehen, gerecht wird. Dabei wird häufig auf die hervorgehobene Rolle von Frauen in der Blütezeit des Islam zu Lebzeiten Mohammeds hingewiesen. Das Kopftuchgebot wird ausschliesslich als Unterwerfung unter den Willen des geschlechtslosen Gottes (Allah) betrachtet und nicht als Unterwerfung unter den Willen des Mannes.

Für Kritikerinnen des Kopftuches, sowohl muslimische (Nawal as-Sadaawi, Fatima Mernissi, Seyran Ates, Arzu Toker) wie auch nicht-muslimische Feministinnen (Alice Schwarzer), ist mit dem Tragen des Kopftuches der Kampf um den Allgemeingültigkeitsanspruch des Religiösen im öffentlichen Leben verbunden, der Versuch, säkulare Strukturen aufzulösen und einer neuen, religiös-politischen Kollektivbildung symbolisch Vorschub zu leisten. Ziel dieser Bewegung sei die Abschaffung der Demokratie und die Unterordnung der Frau unter den Willen des Mannes, ihre Entfernung aus dem öffentlichen Leben. Kritisiert wird auch das mit dem Kopftuch verbundene negative Bild des Mannes, der triebgesteuert nicht fähig ist, dem Anblick einer unverschleierte Frau zu widerstehen.

Auch Vertreterinnen eines liberalen Umgangs mit dem Kopftuch gibt es sowohl unter muslimischen wie auch nicht-muslimischen Frauen, die sich für die Rechte der Frauen einsetzen. Während die Unterzeichnerinnen des Aufrufes von Marieluise Beck "Wider eine Lex Kopftuch" dazu gehören, kann als prominenteste Vertreterin der Argumentation, dass die Frauen selbst entscheiden sollten, ob sie ein Kopftuch tragen wollen oder nicht, die iranische Menschenrechtlerin Shirin Ebadi angeführt werden. Diese Position setzt sich nicht 'für ein Kopftuchgebot' ein sondern gegen eine staatliche Intervention in die Kleidungspräferenzen der Individuen. Ihrer Meinung nach führt ein Verbot ebenso wie ein Zwangsgebot des Kopftuches zu dessen symbolischer und politischer Aufladung als Zeichen der Ausgrenzung.

28. Juni 2005

tcp ▲